



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Grundstücks- und Bauausschusses

Sitzung am: Freitag, 29. September 2023
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 15:00 Uhr
Teil:
Sitzungsende öffentlicher Teil: 15:42 Uhr
Ort: Vereinsraum Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas
Dritter Bürgermeister	Endres Bernd
Gemeinderat	Beck Josef
Gemeinderat	Bell Bernhard
Gemeinderat	Elbert Andreas
Gemeinderat	Stoll Marcus

Entschuldigt:

Gemeinderat	Günther Sven
-------------	--------------

Unentschuldigt:

Gläßel Marita B.	Vertreterin für Sven Günther
------------------	------------------------------

Schriftführer/-in:

Bauamt	Thomas Häusner
--------	----------------

Die Beschlussfähigkeit des Grundstücks- und Bauausschusses war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
02.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.07.2023 (öffentlicher Teil)
03.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 27.01.2023, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
04.	Landwirtschaftliche Halle auf dem Grundstück Fl.Nr. 1968, Gemarkung Theilheim; Antrag auf Verlängerung der Baugenehmigung
05.	Antrag auf Neubau einer Dachgaube, Grundstück Fl.Nr. 1551/2, Franz-Leopold-Schecher-Str. 27
06.	Wohnhausbau auf den Grundstücken Fl.Nr. 498/2 und 498/10; Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes
07.	Rad- und Wirtschaftsweg Theilheim - Rottendorf
08.	Anschaffung von Defibrillatoren
09.	Halteverbot in der Kirchbergstraße Nr. 35 - 39
10.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
10.01	Konditionsraum in der Jakobstalhalle; Abbau der Trainingsgeräte
10.02	Stellungnahme Landratsamt zum Absoluten Halteverbot in der Kirchbergstraße
11.	Fragen der Ausschussmitglieder
12.	Außentermin: Versetzen der Altglascontainer an der Jakobstalhalle
13.	Außentermin: Radweg Theilheim - Randersacker; weitere Asphaltbefestigung
14.	Sachbeschädigung durch durchfahrende Fahrzeuge in der Kirchgasse
15.	Außentermin: Grünstreifen entlang der Dümpfelstraße

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 15:00 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Grundstücks- und Bauausschusses und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Im Ratsinformationssystem ist der Vermerk zu der dieser Sitzung voran gegangenen Bürgerfragestunde hinterlegt.

TOP 01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Beschluss 1:

Die Tagesordnung wird um den Punkt 14 Sachbeschädigung durch durchfahrende Fahrzeuge in der Kirchgasse erweitert.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0

Beschluss 2:

Einwendungen gegen die um Punkt 14 erweiterte Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0

TOP 02.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.07.2023 (öffentlicher Teil)
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

3. Bürgermeister Endres sowie die Gemeinderäte Beck und Elbert haben an dieser Sitzung nicht teilgenommen, weshalb sie sich der Abstimmung enthalten. Damit kann der Grundstücks- und Bauausschuss aufgrund von nur 3 abstimmungsberechtigten Mitgliedern über die Genehmigung des Protokolls nicht befinden, weshalb diese zurückgestellt wird.

TOP 03.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 27.01.2023, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

Bei folgenden, in nichtöffentlichen Sitzungen behandelten Beschlüssen ist die Geheimhaltung entfallen:

Keine.

TOP 04.	Landwirtschaftliche Halle auf dem Grundstück Fl.Nr. 1968, Gemarkung Theilheim; Antrag auf Verlängerung der Baugenehmigung
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Der Eigentümer des Grundstücks Fl.Nr. 1968, Gemarkung Theilheim, hat die Absicht, darauf eine landwirtschaftliche Halle zu errichten. Das Landratsamt Würzburg erteilte dazu mit Bescheid vom 17.01.2020 die Genehmigung. Mit dem Bau der Halle wurde bislang nicht begonnen. Die Baugenehmigung läuft im Januar 2024 aus, weshalb eine Verlängerung um 2 Jahre beantragt wurde.

Der Gemeinderat der Gemeinde Theilheim behandelte den Bauantrag in seiner Sitzung am 12.03.2019. Es wurde folgender Beschluss gefasst:

Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt. Abstimmungsergebnis: 11:0.

An der Situation von 2020 hat sich aus Sicht der Gemeinde Theilheim nichts geändert. Die Voraussetzungen zur Errichtung der Halle im Außenbereich liegen weiterhin vor. Öffentliche oder nachbarliche Belange werden durch das Vorhaben nicht berührt.

Das Baugrundstück ist über einen landwirtschaftlichen Weg erreichbar. Eine Wasserversorgung ist nicht erforderlich. Die Entsorgung des Dachflächenwassers soll über eine Regenwasserzisterne erfolgen.

Beschluss 1:

Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0

TOP 05.	Antrag auf Neubau einer Dachgaube, Grundstück Fl.Nr. 1551/2, Franz-Leopold-Schecher-Str. 27
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Es ist beabsichtigt, in der nordseitigen Dachfläche des bestehenden Wohnhauses auf dem Grundstück Fl.Nr. 1551/2, Franz-Leopold-Schecher-Str. 27, eine Dachgaube einzubauen. Das Baugrundstück liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Gesamtbebauungsplan – Teil I“. Dessen Festsetzungen lassen Dachgauben zu. Allerdings ist sie mit einem Pultdach versehen, was der Bebauungsplan nicht zulässt.

Der Art. 57 Abs. 2 Nr. 4 BayBO ist geregelt, dass Dachgauben verfahrensfrei sind, allerdings nur bis zu einer Länge von 4 m. Geplant eine Gaube mit einer Länge von 5,38 m, weshalb sie genehmigungspflichtig ist.

Die Dachgaube fügt sich in die vorhandene Bebauung ein. Öffentliche oder nachbarliche Interessen werden durch das Vorhaben nicht berührt. Aus städtebaulicher Sicht ist das

Abweichen von der Dachform vertretbar. Ansonsten müsste die Gaube mit einem Satteldach von 28° - 45° versehen werden, wodurch das Bauwerk sehr wuchtig werden würde.

Beschluss 1:

Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt. In punkto Dachform wird Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Gesamtbebauungsplan – Teil I“ ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0

TOP 06.	Wohnhausbau auf den Grundstücken Fl.Nr. 498/2 und 498/10; Antrag auf
Lfd. Nr.	Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes

Sachverhalt:

Die Eigentümer der Baugrundstücke Fl.Nr. 498/2 und 498/10, Eibelstädter Weg 23, möchten darauf ein Wohnhaus mit Carport/Garage realisieren. Die Grundstücke befinden sich im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Reissgarten / Winterleiten.

Die Bauwerber haben vorab angefragt, ob die Gemeinde eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes hinsichtlich des Kniestocks in Aussicht stellen kann.

2. Dachform und Dachneigung lt. Festsetzungen Bebauungsplan

d) Über 38° Dachneigung sind Kniestöcke bis max. 0,50 m zulässig.

Planung

Dachneigung von 35° und Kniestock von 1,85 m.

Der Schnittplan zum Bebauungsplan lässt für den Bereich der Baugrundstücke im Norden eine Wandhöhe von 3,25 m zu. Durch den höheren Kniestock würde dort eine Wandhöhe von 5,50 m entstehen. Begründet wird die Abweichung damit, dass man das Dachgeschoss so möglichst effizient nutzen kann.

Die Gemeinde hat in der Vergangenheit bereits bei anderen Vorhaben Abweichungen von den Festsetzungen von Bebauungsplänen in punkto Kniestockhöhe zugelassen. Das Streben nach möglichst komfortablem Wohnraum ist nachvollziehbar.

Die Abweichung von der Kniestock- und Wandhöhe ist aus städtebaulicher Sicht vertretbar. Die Baugrundstücke sind ausreichend groß, weshalb nachbarliche Interessen dadurch nicht beeinträchtigt werden. Den Bauwerbern ist zu empfehlen, das Vorhaben vorab mit dem Bauamt beim Landratsamt Würzburg als Genehmigungsbehörde abzustimmen, bevor die Genehmigungsplanung erarbeitet wird.

Diskussionsverlauf:

Im Grundstücks- und Bauausschuss wird das Anliegen konträr debattiert. So wirkt das geplante Gebäude vor allem zur Straße hin sehr wuchtig. Abweichungen von der Kniestockhöhe von 0,50 m auf 1,30 m hat man bereits zugestimmt. Eine Überschreitung der Höheneinstellung um 1,85 m ist nach Ansicht von verschiedenen Mitgliedern des Ausschusses nochmals eine deutliche Steigerung.

Es wird auf das Alter des Bebauungsplanes und die vielen Befreiungen verwiesen, die man bereits bei anderen Vorhaben ausgesprochen hat. So ist es in Bezug auf die Flächenversiegelung besser, in die Höhe zu bauen als in die Breite.

Beschluss 1:

Auf Grundlage der eingereichten Planungsentwürfe, Stand 15.08.2023, für die Baugrundstücke Fl.Nr. 498/2 und 498/10, Eibelstädter Weg 23, werden Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Reissgarten / Winterleiten in punkto Wandhöhe und Kniestockhöhe in Aussicht gestellt. Den Bauwerbern wird dringend empfohlen, das Vorhaben mit dem Bauamt beim Landratsamt Würzburg abzustimmen, bevor die Genehmigungsplanung erarbeitet wird.

Abstimmungsergebnis: 3 : 3

Abstimmungsbemerkung:

Damit ist das Anliegen abgelehnt.

TOP 07.	Rad- und Wirtschaftsweg Theilheim - Rottendorf
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Der Rad- und Wirtschaftsweg zwischen Theilheim und Rottendorf wird von Kraftfahrern immer stärker als Abkürzungsstrecke genutzt. Schlimm daran ist, dass sich diese „Abkürzer“ gegenüber Radfahrern, Landwirten und Spaziergängern, die sich regulär auf dem Weg bewegen, oft rücksichtslos und sogar aggressiv verhalten.

Auf die Veröffentlichung von statistischen Erhebungen in Gemeinderatssitzungen wird verwiesen.

Seitens der Verwaltung wird deshalb vorgeschlagen, prüfen zu lassen, was zu unternehmen ist, wenn man an der Gemarkungsgrenze Theilheim – Gerbrunn eine Schranke installiert. Passieren dürfen dann nur noch die, die eine entsprechende Berechtigung nachweisen können.

Diskussionsverlauf:

Der Sitzungsleiter verweist beispielhaft auf die Regelung Veitshöchheim – Gadheim, wo eine solche Schrankenregelung eingeführt wurde. Solche Schranken werden mit Akku betrieben. Alle, die berechtigt sind, erhalten zum Betätigen der Schranke einen Funkempfänger. Es wird dargelegt, dass der Personenkreis, der den Rad- und Wirtschaftsweg benutzen muss, überschaubar ist. So muss zum Beispiel aus Rottendorf niemand auf dem Weg fahren, um nach Theilheim zu kommen.

Aus dem Gremium wird darauf hingewiesen, dass der Rad- und Wirtschaftsweg von Theilheim nach Gerbrunn mittlerweile ebenfalls von vielen Kraftfahrzeugfahrern unberechtigtweise genutzt wird. Man müsste dort dann ebenfalls eine Schrankenregelung einführen, was einen zu großen Aufwand bedeuten würde.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Wege mit öffentlichen Fördermitteln gebaut wurden, weshalb rechtlich zu klären wäre, ob eine Sperrung rechtlich betrachtet überhaupt zulässig ist. Auch wäre eine Schrankenregelung mit den Nachbargemeinden Rottendorf und Gerbrunn abzustimmen.

Angesprochen wird der schlechte Zustand des Rad- und Wirtschaftsweges Theilheim – Rottendorf auf Theilheimer Seite im Bereich Engental und Dümpfel. Nach Einschätzung von 1. Bürgermeister Herpich sind hier jeweils Sanierungskosten in Höhe von 100.000 € zu veranschlagen. So ist der schlechte Wegzustand im Bereich Engental darauf zurückzuführen, dass Landwirte ins Bankett ausweichen müssen, um nicht berechtigten Kraftfahrern Platz zu machen, wodurch der Weg nun deutliche Risse aufweist.

Dem wird aus dem Grundstücks- und Bauausschuss widersprochen. So hat man bereits beim Bau des Weges festgestellt, dass der Bereich Engental stark vernässt ist. Durch die langen Trockenphasen ist der Untergrund nun geschrumpft, was ursächlich für die Rissbildungen ist.

Beschluss 1:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Rad- und Wirtschaftsweg von Theilheim nach Rottendorf die Modalitäten für eine Schrankenregelung an der Gemarkungsgrenze Theilheim - Gerbrunn zu klären und dem Grundstücks- und Bauausschuss zu berichten. Des Weiteren soll recherchiert werden, ob es eine solche Regelung in der näheren Umgebung gibt und welche Erfahrungen man damit ggf. gemacht hat.

Abstimmungsergebnis: 4 : 2

TOP 08.	Anschaffung von Defibrillatoren
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Wegen der Gewährung von Fördermitteln zum Anschaffen von Defibrillatoren zur Laienreanimation für das Rathaus und die Jakobstalhalle wurde erneut mit dem Landratsamt Würzburg Verbindung aufgenommen. Wie dem Aktenvermerk vom 27.06.2023 zu entnehmen ist, besteht so gut wie keine Hoffnung, dass man in den Genuss von Fördermitteln für das Anschaffen dieser Geräte kommt. So hat der Markt Randersacker wegen der aussichtslosen Lage 2 Stück auf eigene Kosten angeschafft.

Die Anschaffungskosten für einen Defibrillator belaufen sich auf brutto ca. 2.000 €. Die Geräte werden mit Akku betrieben. Alle 2 Jahre ist ein Service notwendig, wo der Akku getauscht wird. Der Service kostet ca. 200 € brutto pro Gerät.

Diskussionsverlauf:

Die Defibrillatoren sollen im Außenbereich angebracht werden. In der Jakobstalhalle oder dem Rathaus sind sie im Notfall ansonsten nicht erreichbar, wenn die Gebäude geschlossen sind. In Randersacker sind die dort beschafften Defibrillatoren im Außenbereich montiert worden. Die Handhabung ist einfach und auch für Laien kein Problem.

Bedenken bestehen hinsichtlich Vandalismus vor allem an der Jakobstalhalle, die recht abgelegen ist, wenn man ein solches Gerät dort außen anbringt. Dem wird entgegengehalten, dass die öffentliche Zugänglichkeit gewährleistet sein muss. Beispielhaft wird der Radweg erwähnt, der dort vorbeiführt.

Denkbar ist das Anbringen eines Defibrillators auch im Bereich der Schule. 1. Bürgermeister Herpich informiert darüber, dass er wegen der Anschaffung von 2 weiteren Geräten in Sachen Sponsoring bereits mit Gewerbetreibenden in Kontakt steht.

Dass man mit Defibrillatoren Leben retten kann, beweist sich immer wieder, so zum Beispiel zuletzt auch in Ochsenfurt. Es wird deshalb für das Anschaffen von 2 Geräten plädiert.

Beschluss 1:

Die Verwaltung wird ermächtigt, ohne Fördermittel 2 Defibrillatoren zur Laienanimation für das neue Rathaus sowie die Jakobstalhalle anzuschaffen.

Vor der Beschaffung sind Vergleichsangebote einzuholen.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0

TOP 09.	Halteverbot in der Kirchbergstraße Nr. 35 - 39
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Seit 2022 gilt in der Kirchbergstraße Nr. 35 – 39 gegenüber der Regelung aus dem Jahr 2020 eine neue Halteverbotsregelung.

Ein Bürger hat sich nun schon mehrfach massiv über diese Neuregelung beschwert. So soll seinem Onkel in diesem Bereich nun bereits 3-mal der Außenspiegel abgerissen worden sein. Die Unfallverursacher hätten sich jeweils entfernt, ohne sich um den Schaden zu kümmern.

Die Neuregelung im vergangenen Jahr war zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zwingend notwendig geworden. Bei Einhaltung dieser Regelung durch die Verkehrsteilnehmer ist gewährleistet, dass Rettungsfahrzeuge diese Engstelle im Einsatzfall auch passieren können. Von Seiten der Verwaltung gibt es keinen Grund für eine Änderung.

Diskussionsverlauf:

Den Mitgliedern des Ausschusses erschließt sich aus der Begründung nicht, weshalb man die aktuelle Halteverbotsregelung ändern soll. Man spricht sich deshalb dafür aus, diese nicht zu ändern.

Beschluss 1:

Die seit September 2022 getroffene Halteverbotsregelung ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig, weshalb eine Änderung auf den Stand November 2020 nicht in Betracht kommt.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0

TOP 10.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr.	

TOP 10.01	Konditionsraum in der Jakobstalhalle; Abbau der Trainingsgeräte
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Von etlichen Benutzern des Konditionsraumes/Kraftraumes in der Jakobstalhalle wurde bemängelt, dass das Raumangebot durch verschiedene Einbauten (Halterungen für Gewichte und Gewichthebetürme) sehr eingeschränkt sei.

1. Bürgermeister Herpich hat bei den regelmäßigen Nutzern des Raumes angefragt, inwieweit die Einrichtungen benötigt bzw. benutzt werden. Dabei hat sich herausgestellt, dass diese überwiegend seit vielen Jahren nicht mehr benutzt werden.

Da die Geräte beim jährlichen „Hallen-TÜV“ geprüft werden müssen und somit auch zusätzliche Kosten verursachen, wurden die vorgenannten Einrichtungen durch das team.bauhof weitestgehend abgebaut.

Aus dem Grundstücks- und Bauausschuss wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Konditionsraum nach der Reinigungspause im August anscheinend auch im September nicht gereinigt wurde, betrachtet man den Schmutz, den man bei der Nutzung feststellen musste.

TOP 10.02	Stellungnahme Landratsamt zum Absoluten Halteverbot in der Kirchbergstraße
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Das Landratsamt Würzburg hat mit Schreiben vom 29.09.2023 Stellung zur Rechtmäßigkeit des Haltverbots in der Kirchbergstraße bezogen, ebenso zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Berechtigte zum Be- und Entladen im Bereich der Halteverbotszone.

Mit dieser Stellungnahme wird die Rechtmäßigkeit des Handelns durch die Gemeinde bestätigt, so 1. Bürgermeister Herpich. Er stellt fest, dass eine Übertragbarkeit auf Gäste nicht möglich ist, auch nicht auf Urlaubsgäste.

Möglich ist es demnach, Berechtigungsscheine mit mehreren Kennzeichen auszustellen, wenn ein Haushalt über mehrere Fahrzeuge verfügt. Es wird darüber debattiert, ob es dazu eines Beschlusses bedarf oder die Verwaltung selbständig entscheiden darf. Man einigt sich darauf, dass es sich um eine laufende Sache der Verwaltung handelt und die Verwaltung, wie vom Landratsamt Würzburg vorgeschlagen, handeln darf.

TOP 11.	Fragen der Ausschussmitglieder
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Keine.

TOP 12.	Außentermin: Versetzen der Altglascontainer an der Jakobstalhalle
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Derzeit befinden sich auf dem Grundstück der Jakobstalhalle im Südwesten 3 Altglascontainer. Sie stehen dort sehr ungünstig, was die Verkehrssicherheit anbelangt. Im Grundstücks- und Bauausschuss soll deshalb ein anderer Standort auf dem Grundstück der Jakobstalhalle festgelegt werden.

Diskussionsverlauf:

Die Mitglieder des Grundstücks- und Bauausschusses betrachten zunächst das Gelände an der oberen Einfahrt zum Parkplatz der Jakobstalhalle. Bedenken werden dort wegen der Nähe zum Jakobsbach gesehen, weil zu befürchten ist, dass die eine oder andere Flasche in dem Gewässer landet. Auf der anderen Seite der Einfahrt wären die Container sehr nahe an der Straße und von jedermann einsehbar, was kein angenehmes Bild abgeben würde.

Man macht sich anschließend ein Bild vom jetzigen Standort der Container an der Südwest-Ecke des Grundstücks. Es wird vorgeschlagen, die Container in Reihe entlang der Industriestraße nach der Wasserentnahmestelle für die Löschwasserzisterne zu platzieren. Dieser Standort wäre dann mit der Feuerwehr noch abzustimmen. Weiter wird der Wunsch geäußert, bei dem zuständigen Unternehmen einen weiteren Weißglascontainer zu ordern.

Beschluss 1:

Die vorhandenen 3 Glascontainer werden entlang der Industriestraße auf dem vorhandenen Parkstreifen nach der Wasserentnahmestelle für die Löschwasserzisterne platziert. Es wird beim zuständigen Entsorgungsunternehmen ein weiterer Weißglascontainer bestellt. Der neue Standort ist mit der örtlichen Feuerwehrführung abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 : 1

TOP 13.	Außentermin: Radweg Theilheim - Randersacker; weitere Asphaltbefestigung
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Aufgrund des engen Kurvenradius des Radwegs Theilheim – Randersacker, wo er im Bereich der Trafo-Station auf die Industriestraße stößt, geraten Radfahrer immer wieder in den weichen Seitenstreifen. Der dort zum Teil aufgebrachte Schotter gibt nicht den notwendigen Halt. Um Stürzen vorzubeugen, wird vorgeschlagen, den Seitenstreifen fachmännisch von einem Unternehmen mit dem notwendigen Unterbau asphaltieren zu lassen.

Diskussionsverlauf:

Die Mitglieder des Grundstücks- und Bauausschusses machen sich örtlich ein Bild von der Situation. Es wird festgestellt, dass die Kurve, die der Radweg dort beschreibt, sehr ausgeprägt ist. Der Vorschlag der Verwaltung, die Kurve zu entschärfen, wird deshalb befürwortet.

Beschluss 1:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Seitenstreifen, wie im vorgelegten Foto dargestellt, fachmännisch mit dem notwendigen Unterbau von einem Unternehmen asphaltieren zu lassen.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0

TOP 14.	Sachbeschädigung durch durchfahrende Fahrzeuge in der Kirchgasse
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Anwohner der Kirchgasse haben sich darüber beschwert, dass nicht ortskundige Fahrzeugführer in die Kirchgasse einfahren und aufgrund der geringen Fahrbahnbreite immer wieder die Fassaden von Häusern streifen und beschädigen. Leider melden sich die Verursacher in der Regel nicht, sondern begehen Fahrerflucht.

Seit 2017 wird mit Schildern am Beginn sowie am Ende der Kirchgasse mit dem amtlichen Verkehrszeichen 264 StVO darauf hingewiesen, dass die Fahrbahnbreite nur 1,80 m beträgt. Leider wird das Verkehrszeichen vor allem von den Paketzustellern zumeist ignoriert.

Diskussionsverlauf:

Die Mitglieder des Grundstücks- und Bauausschusses treffen sich am Anwesen Kirchgasse 20, wo die Kirchgasse am engsten ist. Anwohner schildern den Mitgliedern des Ausschusses ihre Erlebnisse mit Kraftfahrern, die trotz Beschilderung der Meinung sind, die Kirchgasse durchfahren zu können.

Es wird festgestellt, dass sich an der Hausecke Kirchgasse 20 eine Bodenhülse befindet, in der sich ein Pfosten mit einer rot-weißen Bake befand. Die Bake soll in der letzten Amtsperiode vom damaligen Bürgermeister auf Wunsch von Anwohnern der Kirchgasse wieder entfernt worden sein.

Nach eingehender Diskussion kommt man zu dem Schluss, dass man den Durchgangsverkehr in der Kirchgasse nur ausbremsen kann, wenn man das Durchfahren durch einen Pfosten in der Fahrbahn verhindert. Dieser Pfosten soll so gestaltet werden, dass er von Anwohnern bei Bedarf umgelegt werden kann. Flankiert werden muss eine solche Maßnahme mit Sackgassenschildern am Anfang und am Ende der Straße. Die betroffenen Anwohner sind über die Maßnahme ausreichend und rechtzeitig zu informieren.

Beschluss 1:

Das Durchfahren der Kirchgasse wird durch Setzen eines rot-weißen, umlegbaren Pfosten unterbunden. Der Pfosten wird auf Höhe der Hausecke Kirchgasse 20 nicht ganz mittig gesetzt, so dass Radfahrer die Stelle problemlos passieren können. Die Anwohner werden über diese Maßnahme informiert. Der Pfosten wird in Absprache mit der Gemeinde umgelegt, um die Durchfahrt von Anwohnern bei Bedarf zu gewährleisten. Flankiert wird die Maßnahme mit Sackgassenschildern am Beginn und am Ende der Kirchgasse.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0

TOP 15.	Außentermin: Grünstreifen entlang der Dümpfelstraße
Lfd. Nr.	

Sachverhalt:

Ab dem Anwesen Dümpfelstraße 19 verbreitert sich die der Straße zugehörige Fläche um ca. 3 m. Sie wurde mit Duldung der Gemeinde von den Anliegern gärtnerisch angelegt, teilweise aber auch schon mit Rasengittersteinen als Stellplatz.

Der Eigentümer von Fl.Nr. 1793/2 hat angefragt, ob er die an sein Grundstück angrenzende Gemeindefläche insgesamt als Stellplatzfläche für Pkws befestigen darf. Es wird vorgeschlagen, dass sich der Grundstücks- und Bauausschuss zunächst örtlich ein Bild von der Gesamtsituation verschafft, bevor Entscheidungen getroffen werden.

Diskussionsverlauf:

Es wird konstatiert, dass auf der Straße geparkte Fahrzeuge grundsätzlich nichts Negatives darstellen, weil dadurch der Verkehr gebremst wird. Der der Dümpfelstraße zugehörige Grundstücksstreifen ist bereits nicht sonderlich breit und wird nach Norden hin immer schmaler. Wenn man darauf das Parken zulässt, besteht die Gefahr, dass die Fahrzeuge teilweise auf dem Gehweg stehen und dadurch dessen Nutzung beeinträchtigt wird.

Debattiert wurde über die Befestigungsart, sollte man diese zulassen. Nicht in Betracht kommt ein Versiegeln der Fläche mit Asphalt, Beton etc. Denkbar wären Rasengittersteine, wie sie zum Teil bereits auf dem Grundstücksstreifen verlegt wurden. Es wird deshalb darüber abgestimmt.

Beschluss 1:

Für das Befestigen des Grundstücksstreifens entlang der Dümpfelstraße zum Abstellen von Kraftfahrzeugen durch die Anlieger werden Rasengittersteine zugelassen.

Abstimmungsergebnis: 3 : 3

Abstimmungsbemerkung:

Damit ist ein Befestigen des gemeindlichen Flächenstreifens entlang der Dümpfelstraße abgelehnt, weshalb es beim aktuellen Zustand bleibt.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Thomas Häusner
Bauamt